**Einfache Anfrage Richle-St.Gallen:
«St.Galler Justizpalast**

Als Präsident der seinerzeitigen vorberatenden Kommission 38.05.02 «Kantonsratsbeschluss über die finanzielle Beteiligung des Kantons St.Gallen am Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts in St.Gallen» freue ich mich ebenfalls über das gelungene Neubauprojekt und den neuen städtebaulichen Leuchtturm im Lachenquartier von St.Gallen.

Aber die mit der Eröffnung publizierten Fakten werfen Fragen auf.

So wurde in der Grundsatzvereinbarung zwischen Schweizerischer Eidgenossenschaften und dem Kanton St.Gallen vom 28. Juni 2004 unter Artikel 4.2 Bauinvestitionsvolumen wörtlich «ein Bauvolumen exklusive Kaufpreis des Bodens von maximal 70 Mio. Franken» festgelegt, welches «nicht überschritten werden sollte». Auch in der vom seinerzeitigen Finanzchef Peter Schönenberger vorgelegte Mietzinskalkulation (FD-AFDL-jr/BVG_Mietzinskalkulation.xls-0) vom 25. Mai 2005 ging das Finanzdepartement von 70 Mio. Franken Baukosten aus.

Die nun publizierten Gesamtbaukosten (u.a. St.Galler Tagblatt vom 28. April 2012 und der Leader Spezial vom April 2012) liegen bei 106 Mio. Franken, also über 50 Prozent über der seinerzeitigen Abmachung!

Daher meine Fragen an die Regierung:

1. Welche finanziellen Auswirkungen haben diese höheren Baukosten über die gesamte Mietdauer für den Kanton St.Gallen und wie sieht die Nettoleistung des Kantons (Barwert) aus?
2. Hat hier jemand seine finanziellen Kompetenzen überschritten?»

30. April 2012

Richle-St.Gallen